

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

17. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

wir wenden uns als Schwarze Menschen und People of Color, als Politiker*innen von Bündnis 90/Die Grünen und nicht zuletzt als Bürger*innen dieses Landes an Sie. Wir verurteilen Ihre jüngst getätigte Aussage zur Migrationspolitik, in der Sie von einem „Problem im Stadtbild“ sprechen und eine vermeintliche Lösung dafür direkt parat haben: „Rückführungen in großem Umfang“.

Ihre Aussage ist rassistisch, diskriminierend, verletzend und unanständig. Sie steht für eine Sprache der Ausgrenzung. Eine Sprache, die Menschen das Gefühl gibt, nie wirklich dazuzugehören. Eine solche Sprache führt zu Gewalt.

Diese Haltung ist eines Bundeskanzlers unwürdig.

Sie unterscheiden aufgrund äußerlicher Merkmale, wer zu Deutschland gehört. Daraus leiten Sie ab, mehr abschieben zu wollen. Damit befeuern Sie rechtsextreme Erzählungen von Remigration und Vertreibung. Worte haben Wirkung. Sie prägen das gesellschaftliche Klima, normalisieren ein „Wir gegen Die“-Denken und verunsichern viele Menschen mit Migrationsgeschichte.

Wir fordern von Ihnen eine öffentliche Entschuldigung, insbesondere gegenüber all jenen, die täglich von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind. Gegenüber all jenen Menschen, die seit vielen Jahren dieses Land als Nachbar*innen, Kolleg*innen, Freund*innen und Verwandte prägen. Sie sind in erster, zweiter, dritter Generation hier, trotzdem sprechen Sie ihnen ihr Deutschsein und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland ab – allein aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihres Namens.

Statt sich klar für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu positionieren, nähern Sie sich sprachlich dem Rechtsextremismus an und befeuern diesen damit. Doch Demokrat*innen dürfen niemals die Sprache der Rechtsextremen übernehmen, schon gar nicht in einer verantwortungsvollen Führungsposition wie der Ihrigen.

Unsere Städte sind vielfältig, bunt und von Migration geprägt. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das ist eine Stärke, keine Bedrohung. Wer das nicht sieht oder nicht sehen will, hat weder unsere Realität verstanden noch eine Zukunftsvision, die alle Menschen mitnimmt.

Mit einer solchen Position sind Sie nicht Bundeskanzler aller Bürger*innen in Deutschland.

Gezeichnet: Filiz Polat, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin Ario Mirzaie, MdA Awet Tesfaiesus, MdB Pegah Edalatian, Politische Bundesgeschäftsführerin, Bundesvorstand

Dr. Bahar Haghanipour, MdA Dr. Irene Mihalic, MdB, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin
Berivan Aymaz, MdL, NRW

Philmon Ghirmai, Landesvorsitzender Berlin

Maryam Blumenthal, Grüne Hamburg

Yazgülu Zeybek, Landesvorsitzende NRW Luis Bobga, Grüne Jugend Bundessprecher

Dr. Alaa Alhamwi, MdB

Gülseren Demirel, MdL Bayern

Schahina Gambir, MdB

Ayşe Asar, MdB

Djenabou Diallo-Hartmann, MdL Niedersachsen

Lamya Kaddor, MdB Kassem Taher Saleh, MdB

Misbah Khan, MdB Rheinland-Pfalz

Gönül Eçlence, MdL NRW

Mehrdad Mostofizadeh, Parlamentarischer Geschäftsführer NRW

Filiz Demirel, MdBH

Tuba Bozkurt, MdA

Mesut Ercik, Beisitzer Landesvorstand Niedersachsen

Gazi Freitag, Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Evrin Camuz, MdL Niedersachsen

Can Aru, Landesvorstand Berlin

Lena Nzume, MdL Niedersachsen

Rania Al-Sahhoum, Landesvorstand Berlin

Enad Altaweel, Landesvorstand Berlin

Taylan Kurt, MdA Berlin

Firat Yakşan, Landesvorstand NRW

Lara Klaes, MdL Hessen

Ilayda Bostancieri, MdL NRW

Melsa Yildirim, Grüne Jugend Bundesvorstand

Titus Dharmababu, Landessprecher Grüne Jugend Hessen

Senem Bozdog, Landessprecherin Grüne Jugend Hessen

Meral Thoms, MdL NRW

Gollaleh Ahmadi, MdA

Parica Partoshoar, MdHB

Fadime Tuncer, MdL Baden-Württemberg Tayfun Tok, MdL Baden-Württemberg

Sahhanim Görgü-Philipp, MdBB

Doreen Denstedt, Ministerin Migration, Justiz und Verbraucherschutz Thüringen a.D.